

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Währungsabwertungen in Europa?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1949) :  
Währungsabwertungen in Europa?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv,  
Hamburg, Vol. 29, Iss. 3, pp. 3-5

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130889>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Z E I T G E S P R Ä C H

## Währungsabwertungen in Europa?

Zu den üblichen Depressionserscheinungen gehören Währungsabwertungen, von denen auch jetzt wieder viel die Rede ist. Eine Abwertung bei unveränderter Aufrechterhaltung der Binnenhandelspreise bedeutet einen Außenhandelsvorteil, der kaum zu unterbieten ist; denn die Konkurrenz der Währungen ist stärker als die der Warenproduzenten. Aber ein Währungsdumping bedeutet zweifelsohne eine unlautere Konkurrenz, die zudem den USA, dem eigentlichen Organisator und Verwalter des gegenwärtigen Weltwährungssystems höchst ungelegen sein muß.

Zwar leugnen die USA grundsätzlich das Bestehen einer Depression; jedoch beweist diese ausdrückliche Feststellung von Präsident Truman, daß man zumindest in manchen Kreisen eine derartige Ansicht vertritt. Die Stimme der USA hat noch immer das größte Gewicht, zumal sie mit einem erheblichen Dollarsegen verbunden ist. Es sind keine leeren Versprechungen, sondern tatkräftige Hilfeleistungen gewesen, die im Vormonat das Wunder eines europäisch-amerikanischen Währungsbilanzgleiches bewerkstelligten.

Aber bleibt dieses Wunder auch im grellen Lichte der Wirtschaftsgeschichte ein Wunder? Oder bedeutet es nur ein nochmaliges künstliches Herausschieben einer längst fälligen Maßnahme, nämlich der Abwertung aller europäischen Währungen — bis auf den Schweizer Franc — im Vergleich zum Dollar und zum Golde. Bedeutet es nicht die nochmalige Verlängerung eines trügerischen und unwahren Zustandes, der doppelte Währungskurse zu einer landesüblichen Erscheinung werden läßt und die allgemeine Armut schlecht übertüncht? Noch wissen wir nicht,

ob es dem Marshall-Plan gelingen wird, das Ungleichgewicht des europäischen Währungssystems auszugleichen und nach den Goldströmen die entsprechenden entgegenlaufenden Warenströme zu induzieren.

Eine Abwertung der europäischen Währungen würde die USA als Welthandelspartner weitgehend isolieren und vermutlich erneut eine unübersteigbare Schutzzoll-

mauer rund um die Vereinigten Staaten entstehen lassen. Für Deutschland wäre dann eine Herabsetzung des Dollarumrechnungssatzes die Existenzfrage des Außenhandels. Ob eine Rückkehr zu einem freizügigen multilateralen Außenhandel ohne Abwertung möglich ist, diese Frage wird das zweite so dramatisch eingeleitete Marshall-Planjahr erst beantworten können. (R.)

### Abwertung oder Ausfuhrsubventionen

*Besonderes Interesse verdienen die folgenden uns von offizieller französischer Seite zugegangenen Ausführungen:*

Der Verlust der Einnahmen aus dem Auslande hat dazu beigetragen die Zahlungsbilanz Westeuropas, und zwar besonders Großbritanniens und Frankreichs, in Unordnung zu bringen.

#### Einfuhren und Auslandseinnahmen in England und Frankreich

| Gegenstand  | Großbritannien<br>(in Mill. £) |      | Frankreich<br>(in Mrd. frs.) |       |
|---|--------------------------------|------|------------------------------|-------|
|   | 1938                           | 1948 | 1938                         | 1948  |
| Einfuhren .....   | 920                            | 2080 | 46                           | 654   |
| Nettoeinnahmen aus dem Ausland                              | 168                            | 40   | 8                            | 25    |
| Prozentsatz der durch Auslandseinnahmen gedeckten Einfuhren | 18 %                           | 2 %  | 17 %                         | 3,5 % |

Aber das ist nicht der einzige Grund der gegenwärtigen Unausgeglichenheit: Westeuropa ist in einem bedeutenden Teil der für seine Industrie benötigten Rohstoffe auslandsabhängig. Gewisse Länder (besonders Großbritannien) bestreiten sogar nur einen Teil ihres Lebensmittelbedarfs aus eigener Produktion.

Die Zerstörungen und die ungenügende Instandhaltung und Mo-

dernisierung des Produktionsapparates haben Europa nur mit Mühe gestattet, die Vorkriegsproduktivität wieder zu gewinnen, während die USA aus einem fühlbaren Fortschritt besonders in den Veredlungsindustrien Vorteil ziehen konnten.

Die Produktivitätsunterschiede nach Ländern und Erzeugnissen werden durch die Indices der Großhandelspreise verdeutlicht.

#### Großhandelsindices im April 1949

| Erzeugnisse              | USA<br>(1940=100) | Großbritannien<br>(1938=100) | Frankreich<br>(1938=100) |
|--------------------------|-------------------|------------------------------|--------------------------|
| Nahrungsmittel .....     | 226               | 210 <sup>1</sup>             | 1583                     |
| Industrieerzeugnisse ... | 179 <sup>2</sup>  | 242                          | 2809                     |

<sup>1</sup> Erhöht um 10%, um den Einfluß der Subventionen zu eliminieren.

<sup>2</sup> Davon Rohstoffe 210, Fertigwaren 165.

Diese Verschiebung der Produktivität erschwert den Ausgleich der Zahlungsbilanz in Europa. In Anbetracht der amerikanischen Preisbasis wird ein größeres Exportvolumen von Fertigwaren als vor dem Krieg benötigt, um ein gleich großes Exportvolumen von Rohstoffen und Nahrungsmitteln aufzuwiegen.

Die Lösung des Problems hängt von einer Senkung der Herstellungskosten in Europa ab. Das kann für die Zukunft durch die Erhöhung der Produktivität erreicht werden, gegenwärtig kann diese Senkung der Herstellungskosten nur durch die Herabsetzung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung oder einer Volksschicht erreicht werden. Die Rolle des Marshall-Planes ist die, das Anwachsen der künftigen Produktivität unter Vermeidung eines Zusammenbruchs des Lebenshaltungsniveaus zu gestatten. Jedes Empfängerland hat jedoch nach eigenen Lösungen gesucht. Der maximale Wirkungsgrad der Investitionen, die beste Anpassung an den Weltmarkt und die notwendigen Wanderungen der Arbeitskräfte konnten jedoch nicht immer verwirklicht werden. Nach einem Scheinerfolg ist Großbritannien das erste Opfer des Mangels an Realismus geworden.

Man muß aber auf alle Fälle zugeben, daß es nicht allein für den Zustand der Dinge verantwortlich ist. Die Haltung der USA als Weltgläubiger, die einen aktiven Außenhandel zu erhalten trachten, macht praktisch den Ausgleich unmöglich. Die Rückkehr zur Freiheit des Warenaustausches, die sie vorschlagen, scheint eine verführerische Lösung vor allem für die Bestorganierten zu sein. Aber der liberale Mechanismus kann nicht korrekt funktionieren, wenn er von Grund auf verfälscht ist, er verlangt im besonderen die Freizügigkeit der Arbeitskräfte, der das Verbot der Einwanderung entgegensteht.

Eine Abschwächung der Unausgeglichenheit der Zahlungsbilanz und ein Einhalt des Dollarabflusses kann für Großbritannien nur durch

eine Senkung des Lebensstandards erreicht werden, ganz gleich welcher finanziellen Technik man sich bedient. Die Bremsung der Investitionsprogramme würde zwar eine bequeme aber auf lange Sicht hin gefährliche Lösung darstellen.

Da die Verminderung der Nominaleinkommen schwer zu verwirklichen ist, denkt man in erster Linie an die Abwertung. In Anbetracht der psychologischen Rückwirkungen von Währungsschnitten ist es klug, sie nicht zu häufig zu wiederholen. Die Abwertung im Verhältnis zum Dollar würde also dann vernünftig sein, wenn die europäischen Ausfuhrer aus Tätigkeiten stammen, die nur einen sehr schwachen Produktivitätsanstieg verwirklichen könnten, wenn man also z. B. den Reiseverkehr zu heben wünschte. Da es sich aber im Gegenteil um In-

dustrieerzeugnisse handelt, die für schnelle Ausweitungen empfänglich und schwankenden Profiten ausgesetzt sind, ist es vorzuziehen, elastischere Lösungen ins Auge zu fassen, die häufige Revisionen gestatten. Diese Lösungen gehen praktisch auf eine direkte oder indirekte Subventionierung der Ausfuhr hinaus. (Steuerbegünstigungen für die Exporteure stellen nichts anderes dar.) Sie bergen allerdings durch ihre Elastizität die Gefahr in sich, zu Bequemlichkeitslösungen zu werden, die die nationalen Produzenten vor dem Risiko schützen und den Ansporn internationaler Konkurrenz unterdrücken. Deshalb sollten sie vorwiegend als provisorische Maßnahmen angesehen werden. (F., Paris — Übersetzung des französischen Originalbriefes.)

## Kostensenkung — nicht Abwertung

### Aus London

Keine andere europäische Währung steht in diesen Monaten so sehr unter „Abwertungs-Druck“ wie das Pfund. Man kann von einem amerikanischen Feldzug gegen die „Überbewertung“ des Pfund sprechen. An diesem Feldzug sind mittlere, wenn nicht höhere Stellen des Schatzamtes in Washington beteiligt.

Was verspricht man sich von einer Pfund-Abwertung und den übrigen „Währungs-Berichtigungen“, die darauf folgen sollen? Man sagt jenseits des Atlantik: eine Verbilligung der europäischen Ausfuhr, erhöhte Verkäufe auf Dollarmärkten, einen abgekürzten Weg zum Gleichgewicht der europäischen Dollar-Bilanz.

Die Kurzsichtigkeit dieser Auffassung wird in England nicht allgemein erkannt. Manchen Exporteuren erscheint eine Abwertung als die Berührung mit dem Zauberstab, durch die man von der Gicht der Ausfuhrschmerzen befreit wird. Manchen Besitzern von Goldminen-Aktien leuchtet der (Interessenten-) Standpunkt ein, daß Gold „zu billig“ sei.

Doch Abwertungsfreunde sind in England in der Minderheit. Die

Mehrheit neigt der Auffassung des Schatzkanzler Cripps zu, daß die Währung auch international nur ein Tauschmittel sei und daß es nicht auf die Preissenkung für das Tauschmittel, sondern für die Tauschgüter ankomme. Diese Preissenkung für Exportgüter (und gleichzeitig für den Inlandsverbrauch!) kann durch technischen Fortschritt, durch schärfere Kalkulation und durch Steigerung der anomal niedrigen Arbeitsleistung auch ohne den Knüppel großer Arbeitslosigkeit erreicht werden.

Erst nachdem diese Anstrengungen gemacht worden sind und weitere als sozial untragbar erscheinen, will Cripps eine Abwertung erwägen. Und auch dann wird sich England vor Augen führen, daß Verbilligung der Ausfuhr ein Vorteil für das Ausland ist, gleichzeitig jedoch die Verteuerung der Einfuhr im Inland getragen werden muß. Ob nun ein volkswirtschaftlicher Krankheitsherd durch Kriegsausgaben, staatliche Verschwendung oder private Bequemlichkeit entstanden ist —, eine Abwertung kann ihn nur durch die Eisenbart-Kur ausbrennen, und zwar

mit den gleichen Hausmitteln: Verbrauchsverzicht oder Leistungssteigerung.

Die Binsenwahrheit, daß man Produktion und Handel, nicht die Währung kurieren muß, scheinen die Amerikaner in ihrem ungeduligen Warten auf eine europäische Gesundung allmählich zu vergessen, obwohl sie dem Marshallplan zugrundeliegt. Die Interessen beider Gruppen sind gleichgerichtet. Die Amerikaner, die den größten Teil der europäischen Goldbestände an sich gezogen haben, werden allerdings im Interesse des größtmöglichen, freizügigen Welthandels größere Ein-

führen im eigenen Lande zu lassen und erhebliche langfristige Investitionen im Auslande vornehmen müssen.

Deutschland aber, dessen Millionen von Flüchtlingen aus dem Osten zusätzliche Nahrungsmittelfinfuhren bedingen, wird seine vom Ausland begehrten Spezialleistungen so reichlich und so billig wie möglich anbieten müssen. Sehr viel ärmer als England, steht es doch vor der gleichen Wahl: freiwillige Kostensenkung zum Vorteil aller oder Senkung des Lebensstandards durch Abwertung ausschließlich zugunsten des Exports. (Gw.)

## Skandinavien in der Währungsdebatte

### Aus Stockholm

Bei der Beurteilung der Diskussionen über eventuelle Währungsabwertungen stehen die Nordländer unterschiedlichen Ausgangspunkten gegenüber. In Schweden wird eine „Abwertung“ im wesentlichen als „Rückwertung“ aufgefaßt. Denn nach allgemeiner Auffassung der maßgebenden Kreise sind die Schwierigkeiten der schwedischen Währungssituation, der Mangel an „harten“ Devisen, die anhaltende Verschlechterung der Exportmöglichkeiten und die Wandlung der ehemals „harten“ schwedischen Devise in eine „weiche“ dadurch ausgelöst worden, daß der Kurs der schwedischen Krone am 13. Juli 1946 um 17 % aufgewertet worden ist. Die Regierung wollte die Auswirkungen einer aus dem Weltmarkt erwarteten Preissteigerung auf den inländischen Markt durch einen höheren Kronen-Kurs auffangen. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden, das schwedische Preisniveau hat sich trotzdem um ca. 15 % erhöht. Die Aufwertung hat darüber hinaus aber auch noch die höchst nachteilige Folge gehabt, daß der Import in ganz ungewöhnlichem Umfange angeregt worden ist, und daß sich ferner die Absatzlage für die wichtigsten schwedischen Exporterzeugnisse immer mehr verschlechtert hat. Eine „Abwertung“ der schwedischen Krone im gegenwärtigen Augenblick würde also

nur die Korrektur eines begangenen Fehlers bedeuten. Dabei wird unterstellt, daß sich vor der Aufwertung 1946 die Wechselkursrelationen zwischen Krone und übrigen Währungen ungefähr mit der tatsächlichen Marktlage im Gleichgewicht befunden haben.

In Dänemark, Norwegen und Finnland liegen die Verhältnisse anders. Von maßgebender dänischer Seite ist vor kurzem erklärt worden, daß es zur Zeit äußerst schwierig ist, zu entscheiden, auf welchem Niveau — gegebenenfalls — die dänische Krone stabilisiert werden solle. Zwar werden bei den Forderungen auf Abwertung, die fast ausschließlich aus den Exportgewerben zu kommen pflegen, die aktuellen Schwierigkeiten des Exports, der permanente Mangel an „harten“ Devisen usw. in den Vordergrund ge-

stellt. Andererseits aber sind sich die maßgebenden Kreise absolut im klaren darüber, daß durch die aktive und passive Teilnahme am zweiten Weltkrieg die Volkswirtschaften Dänemarks, Norwegens und Finnlands derart geschwächt worden sind, daß sich der innere Wert ihrer Währungen im Verhältnis zu wirtschaftlich starken Ländern zwangsläufig verringert hat. Ferner aber sind Dänemark und Norwegen von jeher so eng mit dem britischen Markt verbunden, daß sie isoliert eine Währungsabwertung kaum jemals vornehmen dürften. Bezeichnend für diese Unsicherheit der Beurteilung ist, daß Finnland am 5. Juli d. Js. zum vierten Male nach Kriegsende die Fmk. um 17,7 % abgewertet hat. Obwohl der Präsident der Finlands Bank S. Tuomioja auch diese vierte Devaluation mit Exportschwierigkeiten usw. begründet hat, besteht dennoch bereits jetzt wieder Klarheit darüber, daß auch damit der endgültige Anschluß an das Währungssystem der Welt noch kaum gefunden sein dürfte. Das Zögern in Norwegen vor einer Abwertung ebenso wie in Dänemark sind Beweise dafür, daß die verantwortlichen Stellen den Zeitpunkt für eine Korrektur der Wechselkursrelationen noch nicht für gekommen halten, und daß abgewertet werden soll, bis die wirtschaftlich stärkeren Länder ihre Entscheidung getroffen haben. Sollte diese ausbleiben, müßten die Nordländer dann selbst auf das Risiko einer falschen Bewertung die Wechselkurse den Veränderungen der wirtschaftlichen Grundbedingungen des Nordens gegenüber der Weltwirtschaft anpassen. (dt.)

## Harte Mark — weiche Mark

Die deutsche Mark gehört durch die starre Koppelung mit dem US-Dollar mittels eines festen Umrechnungssatzes offiziell zu den harten Währungen. Auch die inoffiziellen Märkte zeigen eine wachsende Erhärtung der Auslandswertschätzung unserer D-Mark, allerdings mit bedeutenden Schwankungen. Jedoch darf man diese Kurse nicht mit den frü-

heren freien Wechselkursen vergleichen. Sie spiegeln vielmehr die jeweilige Zahlungsbilanzsituation an den einzelnen Börsenplätzen wider, die je nach den örtlich verschiedenartigen Angebotsverhältnissen und Verwendungsmöglichkeiten schwanken. Das beschränkte Angebot wird einmal durch die Gewinnaussichten, zum anderen aber vor

allem durch die Wirksamkeit des Zoll- und Grenzschutzes bestimmt.

Noch ist die deutsche Mark eine reine Binnenwährung und ihr Außenwert bei offiziellen Geschäften wird durch die Dollarbindung bestimmt. Dabei befindet sie sich in einer unnatürlichen Lage: die deutsche Mark ist das schwächste Mitglied der harten Währungsgemeinschaft; *Deutschland hat aber die typische Wirtschaftsstruktur eines Weichwährungslandes*: eine weitgehend gestörte, allerdings im raschen Wiederaufbau befindliche Volkswirtschaft, einen ungeheuren Nachholbedarf und eine künstlich durch direkte und indirekte Anleihengewährung ausgeglichene Zahlungsbilanz. Alle anderen Hartwährungsländer haben dage-

gen einen Ausfuhrüberschuß und können sich deshalb mit einem Minimum an Außenhandelslenkungsmaßnahmen begnügen. In Deutschland jedoch wird sorgfältig Ein- und Ausfuhr miteinander abgestimmt. Die langfristige Planung und die durch sie bedingte mangelnde Freizügigkeit sind aber das geringere Übel für den westdeutschen Export: die größte Belastung bleibt nach wie vor das fundamentale Ungleichgewicht zwischen der offiziellen Währungsabrechnung und der tatsächlichen Kaufkraft der weichen Währungen. Deutschlands Hauptkunden waren stets die europäischen Industriestaaten, die nun zwar gerne nach Deutschland Waren exportieren, aber eine große Furcht vor evtl. in Dollar zu bezahlenden Clearingsspitzen haben. (Cp.)

### Akkreditiv bei Importen

Der Wunsch, den technischen Weg des Einfuhrverfahrens zu verkürzen, um die Kreditdecke des Importeurs nicht übermäßig und unnötig zu beanspruchen, scheint trotz aller Bestrebungen ein Wunsch zu bleiben. Die Anordnung der Bank deutscher Länder vom 15. Juli d. J. hat das besonders unterstrichen. Praktisch wird der Importeur jetzt gezwungen, seine gesamten Barmittel zur Abwicklung eines Import-Geschäftes einzusetzen. Eine solche Abwicklung dauert normalerweise zwei bis drei Monate, gerechnet

vom Tage der Akkreditiv-Eröffnung an bis zur Einreichung der Einfuhrdokumente, die noch den amtlichen Wiegestempel für das eingeführte und verzollte Gut tragen müssen, ehe überhaupt die Zahlung an den ausländischen Ablader vorgenommen wird.

Es ist daher mit einem starken Rückgang der Importe zu rechnen, sollte diese Anordnung im vollen Umfange in Kraft bleiben. Unsere oberste Kontrollbehörde, die Jeia, achtet sehr darauf, daß bei Importen die Akkreditivzahlung angewandt wird, teils, was

auch verständlich ist, um die Devisendecke nicht zu überlasten, teils aber auch, um eine Steuerung vorzunehmen. Manche Importfirma jedoch besitzt aus alten Bindungen her zu ihrem ausländischen Ablader ein so gutes Einvernehmen, daß dieser gerne seine Ware offen schicken möchte resp. ihm Zahlung gegen Dokumente als absolut genügend erscheint. Leider kann der Ablader mit Rücksicht auf die Handelsvertrags-Bestimmungen zwischen seinem Lande und den Westzonen oft nicht diese Möglichkeiten ausschöpfen. Die Importeur-Verbände und ihre daran interessierten Wirtschaftskreise sollten dahin wirken, daß entsprechende Regelungen in den Handelsverträgen aufgenommen werden, die den gegenseitigen Zahlungswünschen entsprechen. Es hat aber den Anschein, als ob die VfW eine solche Entwicklung nicht gerne sieht und der sich immer freier entwickelnden Wirtschaft in einer solchen Anordnung, wie der vom 15. Juli d. J., bewußt eine Bremse auferlegt. Das hat zur Folge, daß Bestrebungen unterstützt werden, die das Wiederaufleben von Gebilden analog den ehemaligen Reichsstellen bewirken, die dann die notwendigen Kreditmittel aus der BdL schöpfen könnten. Allerdings würde dann die individuelle Einfuhr verschwinden und das anteilige Quotensystem neu erstehen. (Sy.)

### Kontinentalwirtschaft und Großbritannien

In England erinnert man sich noch zu deutlich an die schlechten Erfahrungen, die man im intereuropäischen Handel in den ersten, optimistischen Nachkriegsjahren sammeln mußte. Die forcierten Exporte nach den warenhungrigen Märkten West- und Südeuropas führten nicht zu einer stetigen Handelsbelebung in beiden Richtungen, sondern zur Ansammlung zeitweise bedeutender, unnützer Devisensalden und zwangen zu Einfuhrerleichterungen für Luxuswaren, die sich Großbritannien eigentlich nicht leisten konnte. Sie halfen nicht, Englands

Rohstoff Sorgen zu meistern, sondern öffneten statt dessen dunkle Kanäle, durch die Sterling-Rohmaterialien in den Dollarmarkt abfließen, ohne die dringend benötigten „harten“ Devisen einzubringen. Die jüngste Abänderung des intereuropäischen Zahlungsausgleichs wurde als notwendige Korrektur, aber mit wenig Begeisterung registriert; sie hat einem weiteren unkontrollierten Gold- und Devisenabfluß via Westeuropa einen Riegel vorgeschoben, aber nichts getan, um das britische Dollarproblem einer Lösung näherzubringen.

*Westeuropa bietet für England nicht die Vorteile natürlicher Gegensätzlichkeit, die eine Ausweitung des Handels mit den Dominien, Südamerika und Vorderasien erleichtert, und besitzt auch nicht den hohen Wohlstand, der englischen Qualitäts- und Luxuswaren den USA-Markt öffnet. England und Westeuropa sind nun einmal, wie sich vielleicht bald wieder bestätigen wird, in vielen Gebieten natürliche Konkurrenten, und es bedarf mehr als eines internen Clearing-Systems, um aus konkurrierenden Nationalwirtschaften eine inte-*